EUROPA 12.01.2026 | Daria Boll-Palievskaya

Leere Versprechen

Von wegen Schutzmacht: Der US-Einsatz in Venezuela offenbart die Grenzen russischer Machtprojektion.

In der ersten Stellungnahme des russischen Außenministeriums, die rund drei Stunden nach den Meldungen über den Angriff auf Caracas auf der Website des Ministeriums erschien, wurden die Handlungen der USA als „Akt bewaffneter Aggression“ bezeichnet, der „tiefe Besorgnis und Verurteilung“ hervorrufe. So weit, so gut. Doch bereits im nächsten Kommentar rief Moskau nur noch dazu auf, „Klarheit in die Situation zu bringen“. Der abrupte Tonwechsel ist bemerkenswert, ebenso die deutlichen Dissonanzen in den oberen Rängen des Kremls. Mehrere hochrangige russische Politiker und Amtsträger – von Dmitri Medwedew bis zum Kommunisten-Chef Gennadi Sjuganow – erlaubten sich erheblich schärfere Formulierungen. Russlands ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, sprach von „Raub“ und „Verbrechen“. Umso auffälliger wirkte das dröhnende Schweigen des Kremls: Bis jetzt gab es keine Äußerung von Wladimir Putin.

Seit Langem meidet Putin die Öffentlichkeit in Phasen, in denen strategisches Handeln erwartet wird, dieses jedoch noch nicht greifbar ist. Offenkundig kam die US-Operation für den Kreml überraschend. Dabei geht es nicht einmal primär darum, dass Donald Trump Moskau offenbar nicht über seine Pläne informiert hatte – vermutlich wussten selbst die engsten Verbündeten Washingtons nichts davon. Entscheidend ist vielmehr, dass die blitzschnelle und erfolgreiche Aktion der USA gleich mehrere Schwachstellen der russischen Außenpolitik offenlegte.

Entscheidend ist vielmehr, dass die blitzschnelle und erfolgreiche Aktion der USA gleich mehrere Schwachstellen der russischen Außenpolitik offenlegte.

Noch im Mai 2025 war Nicolás Maduro zu den Feierlichkeiten zum 80. Tag des Sieges über Nazi-Deutschland nach Moskau gereist und hatte dort Putin getroffen. Beide Seiten unterzeichneten einen Vertrag über strategische Partnerschaft und Zusammenarbeit, den die russische Führung als Ausdruck der Unterstützung für das „brüderliche venezolanische Volk“ gegen äußere Bedrohungen präsentierte. Im entscheidenden

Moment blieb davon jedoch kaum mehr als Rhetorik. Das Maximum stellte die Erklärung „entschlossener Solidarität mit dem Volk Venezuelas angesichts bewaffneter Aggression“ dar, die Außenminister Sergej Lawrow in einem Telefongespräch mit Delcy Rodríguez abgab. Praktische Hilfe folgte nicht. Das propagandistische und populistische Bekenntnis „Wir lassen die Unseren nicht im Stich!“ erwies sich als leere Formel.

Der Kontrast zu Syrien ist unübersehbar. Zwar brach das Regime von Baschar al-Assad zusammen, doch der Diktator selbst wurde im Dezember 2024 nach Moskau ausgeflogen und lebt dort bis heute. In Venezuela hingegen war der Kreml nicht einmal in der Lage, den verbündeten Diktator zu retten. Putin konnte nicht in der vertrauten Rolle des Schutzpatrons auftreten. Maduro erhielt keine Rückendeckung aus Moskau, auf die er offenbar gesetzt hatte. Das war ein empfindlicher Schlag für das Image Russlands als angebliche „Schutzmacht des globalen Südens gegen den Imperialismus“.

Das war ein empfindlicher Schlag für das Image Russlands als angebliche „Schutzmacht des globalen Südens gegen den Imperialismus“.

Zusätzlichen Schaden nahm auch der Ruf des russischen militärisch-industriellen Komplexes. Über zwei Jahrzehnte hinweg hatte Venezuela seine militärische Zusammenarbeit mit Moskau systematisch ausgebaut, beginnend mit einer umfassenden Aufrüstung bereits unter Hugo Chávez. Ein zentrales Element dieser Strategie waren Lieferungen russischer Luftabwehrsysteme. Im Oktober berichtete die *Washington Post*, Maduro habe Putin in einem Brief gebeten, die Luftverteidigung des Landes zu stärken, unter anderem durch die Instandsetzung mehrerer russischer Su-30-Jagdflugzeuge. Russland hatte wiederholt betont, auf eine mögliche US-Intervention vorbereitet zu sein, und auf die Stationierung tausender Raketen verwiesen. Der schnelle und präzise Ablauf der amerikanischen Operation machte jedoch deutlich, wie groß der Abstand zwischen propagierten Fähigkeiten und der tatsächlichen Wirksamkeit der russischen Luftabwehr ist. Der venezolanische Fall könnte damit langfristige Reputationsschäden für das gesamte russische Modell des

„Sicherheitsexports“ nach sich ziehen, das auf einer Kombination aus Waffenlieferungen und politischer Patronage beruht.

Der Kreml befindet sich damit in einer heiklen Lage. Nach den eigenen rhetorischen Maßstäben müsste er das Eingreifen der USA in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates scharf verurteilen. Im vierten Jahr des Krieges gegen die Ukraine wirken solche Appelle angesichts der Realität zunehmend brüchig. Für die staatliche Propaganda entsteht daraus ein ernstes Dilemma: Die USA nicht zu kritisieren ist keine Option, allzu große Empörung jedoch riskant. Denn der Vergleich zwischen Russlands langwieriger, verlustreicher und stockender „militärischer Spezialoperation“ (die russische Abkürzung dafür ist SVO) in der Ukraine und der präzisen, faktisch nahezu unblutigen US-Aktion drängt sich geradezu auf. Entsprechend kursiert im russischen Internet ein sarkastisches Meme, das die SVO nun als „spezielle venezolanische Operation“ entschlüsselt. Trumps Vorgehen in Venezuela folgt in vielerlei Hinsicht genau jener machtpolitischen Logik, die Moskau selbst jahrelang propagiert hat: schnell und ohne Rücksicht auf das Völkerrecht. Der Unterschied liegt im Ergebnis. Während Washington mit begrenzten militärischen Mitteln Fakten schafft, ist Russlands „SVO“ in der Ukraine in einem zermürbenden Abnutzungskrieg stecken geblieben. Der Vergleich der beiden „Spezialoperationen“ fällt für Moskau denkbar ungünstig aus.

Zurückhaltende Rhetorik ist nicht zuletzt auch deshalb geboten, weil sich der Kreml keinen offenen Konflikt mit Donald Trump leisten kann. Jede Eskalation birgt das Risiko verstärkten amerikanischen Drucks – von einer Ausweitung der Militärhilfe für Kiew bis hin zu neuen Sanktionsschritten. Moskau hofft weiterhin auf einen Deal: auf Lockerungen bei den Sanktionen, eine Reduzierung der Unterstützung für die Ukraine oder andere Zugeständnisse. Entsprechend beschränkt sich die russische Propaganda auf formelhafte Vorwürfe gegen die USA und vermeidet persönliche Angriffe auf Trump.

Gleichwohl wächst selbst unter systemtreuen Propagandisten der Unmut. Sergej Karnauchow, Moderator einer TV-Propagandasendung, räumt ein, dass die endlosen Drohungen und Beschwörungen „roter Linien“ längst entwertet sind: Auf sie folge nichts. Sein zynisches Fazit: „Die ganze Welt weiß, dass nichts passieren wird.“ Auch im Lager der Ultra- oder Z-Patrioten fällt die Reaktion auf die Ereignisse in Venezuela überraschend düster aus. Der Journalist Maxim Kalaschnikow interpretiert das Geschehen in seinem Telegram-Kanal mit rund 50 00 Abonnenten als logische Konsequenz einer jahrelangen russischen Außenpolitik, die laut, kostspielig und letztlich wirkungslos gewesen sei.

Ressourcen seien in symbolische Projekte – von Venezuela bis Syrien – geflossen, während reale Chancen zur Stärkung des Einflusses ungenutzt geblieben seien. Sein Resümee ist unmissverständlich: „Das alles endete folgerichtig in einem Fiasko."

„Die ganze Welt weiß, dass nichts passieren wird."

Gleichzeitig keimt in verschiedenen russischen Kreisen die Hoffnung, Trumps Politik im Geiste einer erneuerten „Monroe-Doktrin" könnte zu einer Aufteilung der Welt in Einflusszonen führen: Die USA würden sich auf die westliche Hemisphäre konzentrieren, während Russland angeblich Europa „zufallen" könnte. Vereinfacht gesagt: ein möglicher Tausch der Ukraine gegen Venezuela. Dass Moskau Washington einen solchen Deal bereits 2019 vorgeschlagen haben soll, berichtete die frühere Russland- und Eurasien-Beraterin im Nationalen Sicherheitsrat der ersten Trump-Administration, Fiona Hill. Damals habe der Kreml argumentiert: „Ihr wollt, dass wir euren Hinterhof verlassen. Aber wir haben eine ähnliche Situation – ihr seid in unserem."

Zu all dem schweigt der russische Präsident allerdings weiter. Das völlige Ausbleiben jeglicher Stellungnahme Wladimir Putins stimmt sogar seine loyalsten Anhänger nachdenklich. Ein ultrapatriotischer Autor spottet auf Telegram: Sollte eines Tages jemand ein Buch über diese „schicksalhaften Tage" schreiben und später ein Film daraus entstehen, könne der Titel nur lauten: „Das Schweigen des Lamms".



Daria Boll-Palievskaya
Düsseldorf

Daria Boll-Palievskaya ist freie Journalistin und Autorin mit Schwerpunkt Russland. Sie studierte Germanistik und promovierte in Moskau. Sie schreib bereits für Stern, Das Parlament, Spektrum der Wissenschaft, MDR und Zeit Online.